

**Bezugspreis:**  
Einzelpost 10.- M., monatlich 30.- M.,  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Halb-  
bezug monatlich 15.- M. einsch. Zu-  
stellungsgebühr. Unter Abzug für  
Deutschland und Oesterreich 16.50 M.  
für das übrige Ausland bei täglich  
einmaliger Zustellung 21.50 M. Postbe-  
stellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz - Eingetragene in  
die Post-Zeitungs-Preisliste.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Voll und frei“ und der Unter-  
haltungsbeilage „Heimweil“ erscheint  
wöchentlich zweimal, Sonntags und  
Montags einmal.

Erstausgabe: 1889.  
„Sozialdemokratisches Berlin“.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die schreibweise Anzeigenpreise  
betragen 500 M. „kleine Anzeigen“  
das ist gedruckt Wort 1.50 M. (un-  
abhängig vom Satzdruck) jedes  
weitere Wort 1.- M. Stellengröße  
und Schließstrichanzeigen das erste  
Wort 1.- M., jedes weitere Wort  
50 Hg. Worte über 16 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Preis 2.- M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Leitungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Öffnung:  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Nordplan, Nr. 15190-15197

Mittwoch, den 9. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Nordplan, Nr. 11753-54

## Simons auf der Heimkehr.

Elberfeld, 9. März. Die „Bergisch-Märkische Zeitung“ schreibt: Bei der Rückkehr von London nahm der Sonderzug der deutschen Delegation heute vormittag um 9 1/4 Uhr in Elberfeld, als der ersten Stadt im unbefestigten Deutschland, einen längeren Aufenthalt. Eine unübersehbare Menschenmenge hielt den Hauptbahnhof besetzt und begrüßte Dr. Simons unter begeistertem Absingen des deutschen Liedes. Als Vertreter der Stadt hieß der Oberbürgermeister den Minister in seiner Heimatstadt willkommen. Der Minister dankte bewegt und richtete einige aufmunternde Worte an die versammelte Menge, wobei er zum Ausdruck brachte, die Delegation habe in London getan, was nur irgend möglich gewesen sei, um die Feinde von weiteren Maßnahmen gegen die Heimat abzuhalten. Es sei aber unmöglich gewesen, mehr zu versprechen, als Deutschland zu halten imstande wäre. Das Vaterland würde aber alles überleben, wenn nur alle Deutschen treu zusammenständen. Ueberwältigende Zustimmungsrufe brachten dem Minister das Treugelübnis zum Vaterland dar. Dr. Simons wurde reich mit Blumen beschenkt. Darauf verließ der Zug die Halle, während Tausende mit entblößten Häuptern ihm das Lied nachsangen: „Ich hab mich ergeben mit Herz und mit Hand.“

### Neue Hoffnungen?

London, 9. März. (EE.) Der deutsche Botschaftsrat Dreßler erklärte Zeitungsvorkretzen: „Sie werden sehen, meine Herren, daß in kurzer Zeit neue Versuche gemacht werden, um die Beziehungen wieder aufzunehmen, wenn nicht im Ruhrgebiet Unruhen entstehen. Eine freundschaftliche Lösung, selbst nach Anwendung der Zwangsmaßnahmen durch ein oder zwei Wochen hindurch, ist der Gewalt vorzuziehen. Deutschland selbst ist nicht in der Lage, Widerstand zu leisten. Wie pelalich es auch sei, so nehmen wir die Lage mit Ruhe hin. Ohne Zweifel herrscht bei uns Enttäuschung, aber die Bevölkerung wird sich den Maßnahmen unterwerfen, obwohl ich persönlich nicht einsehe, daß die Gewaltmaßnahmen der Alliierten eine schärfere und wirksamere Bewirkung ihrer Forderungen zusichern könnten, als dies ein freundschaftliches Einvernehmen ermöglichen hätte, selbst wenn dies wenige Wochen später geschehen wäre.“

Vor der Volksabstimmung in Oberschlesien kann Deutschland keinerlei Angebote machen. Wir haben die größte Hoffnung, daß die Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens sich zugunsten Deutschlands aussprechen wird. Man darf auf keine überwältigende Mehrheit rechnen, doch glaube ich, daß 65 Prozent ihrer Stimmen Deutschland geben werden. Dies würde die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erhöhen, da Oberschlesien an Kohlen und Erzen reich ist.

Paris, 9. März. (TU.) Der Londoner Berichterstatter des „Intelligence“ telegraphiert: Wenn Deutschland neue annehmbare Vorschläge machen wolle, so werde man die deutsche Regierung nach London oder Paris einladen, um zu neuen Verhandlungen und damit vielleicht zu einem Abkommen zu gelangen.

### Angedachte Reuektionen Simons'.

London, 9. März. (EE.) Vor der Abreise empfing Dr. Simons einige Journalisten, denen er unter anderem sagte: „Wir reifen enttäuscht ab und sind durch die geringen Erfolge unserer Mission entmutigt. Wir waren hierher gekommen, um eine endgültige Regelung der Entscheidungsfrage herbeizuführen. Unsere Absicht war, von den Alliierten eine klare Entscheidung zu erlangen, welche die Gesamtheit unserer Verpflichtungen entlasten sollte, ebenso die Modalitäten, unter welchen wir uns dieser Verpflichtungen entledigen könnten. Statt dessen sahen wir, daß die Entscheidungen der Pariser Konferenz bekräftigt wurden, an welcher wir nicht teilgenommen hatten. Und um uns nun deren Entscheidungen aufzuerlegen, hat man zu der Gewalt seine Zuflucht genommen. Eine Voraussage über die künftigen Ereignisse zu geben vermag ich nicht. Vielleicht wird die Konferenz in London, obwohl wir gar keinen unserer Sachverständigen zurücklassen, nicht so ergebnislos sein, wie es den Anschein hat.“

London, 9. März. (Neuter.) Nur eine kleine Anzahl Zuschauer wohnte der Abreise der deutschen Delegation bei. Dr. Simons erklärte einem Neuter-Vertreter gegenüber: „Ich hoffe, demnächst wieder zurückzukehren. Ich gebe die Sache nicht auf.“

### Foch ist enttäuscht.

Paris, 9. März. (EE.) Gegenüber einem Vertreter des „Peil Parisien“ erklärte sich Marschall Foch enttäuscht von der Art und Weise, wie die Befehle von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort vor sich gegangen sind.

### Seedet nicht.

Paris, 9. März. (EE.) General von Seedet wurde von alliierten Journalisten gefragt: „Sind Sie, Herr General, von Ihrem Aufenthalt in London befriedigt?“ „Nein,“ antwortete Seedet und drehte den Kopf den Rücken.

### Wem nützt es?

London, 9. März. (EE.) Eine offizielle Statistik der englischen Ein- und Ausfuhr im Februar beweist den starken Rückgang. Die Ausfuhr beläuft sich auf 68 221 731 Pfd. Sterl. (Verminderung um 24 534 363 gegenüber Januar). Die Einfuhr erreichte im Februar 98 973 710 Pfd. Sterl. (um 20 077 172 weniger als im Januar). Die Kohlenausfuhr hat stark abgenommen: von 5 555 704 Pfd. Sterl. im Januar 1921 und 9 693 712 Pfd. Sterl. im Februar 1920 auf 4 240 621 Pfd. Sterl. im Februar 1921.

Wie wird die Ausfuhr erst abnehmen, wenn Deutschland nicht mehr kaufen kann!

London, 9. März. (TU.) „Westminster Gazette“ nennt das Scheitern der Londoner Konferenz einen

### Bankrott der Diplomatie ohnegleichen

in der Weltgeschichte. Der „Manchester Guardian“ nennt die Sanktionen einen Blender von größter und verhängnisvoller Bedeutung. Durch die Haltung der britischen Regierung und des Ministerpräsidenten werde eine Politik getrieben, die direkt im Gegensatz zu Britanniens nationalen Interessen steht.

Moskau, 9. März. (TU.) Der Londoner Berichterstatter des „Sera“ telegraphiert: Um die Wahrheit zu sagen, sind die Franzosen mit dem, was sie erreicht haben, nur wenig zufrieden. Im Gegensatz dazu scheinen die Deutschen erreicht zu haben, was sie erreichen wollten. (?) Die Lage scheint aber auf beiden Seiten vom Uebel zu sein.

Berlin, 9. März. (TU.) Der „Echo de Paris“ zu dem Schluß, nicht an die Dauer der Konfiszierung des deutschen Ausfuhrertrages zu glauben, da hierdurch der deutsche Handel nach Amerika und den neutralen europäischen Staaten getrieben werde.

London, 9. März. (Hess. Stg.) Die City erduldet in den wirtschaftlichen Sanktionen allgemein eine schwere Gefährdung der mühsam wieder angeknüpften Beziehungen, die auch für England angeht der fortwährenden Wirtschaftskrise, der Störung des Handels, der Arbeitslosigkeit und des Preissturzes unentbehrlich sind. Lloyd Georges Idee der Abführung eines Teiles des Kaufpreises deutscher Waren wird als ruinös angesehen. Die Ankündigung eines sofortigen Gehaltensurtes mit rückwirkender Kraft durch Lloyd George führte eine völlige Ungewißheit herbei, ob selbst schwebende Geschäfte zerstört werden. Die Befürchtung vor Eingriffen in Privatrechte dürfte die Zurückziehung von Guthaben aus England zur Folge haben, da die

### Sanktionen beweisen, daß für die Alliierten Rechtschranken nicht existieren.

Eine entsprechende Tendenz ist bereits bemerkbar. Gleichwohl sind selbst einflussreiche Citiztreie anscheinend apathisch. Sie zucken mit den Achseln, weil es keinen Wert habe mitzureden, solange die Finanzfragen zu einem politischen Streit ausarten. Die Pariser Ideen werden allgemein als phantastisch bezeichnet.

Hamburg, 9. März. (TU.) Eine bekannte hiesige Firma hat aus Paris einen Brief erhalten, in dem es u. a. heißt: „Was das Schicksal gegen die Einfuhr aus Deutschland betrifft, so sind von einer beträchtlichen Anzahl Firmen durch die Handelskammern bereits Schritte unternommen worden, die diese Maßnahmen als ungeeignet unterlassen zu sehen wünschen.“

### Einfangung Hardings.

Paris, 9. März. (Havas.) Millerand hat an Harding ein Telegramm gerichtet, in dem er seinen Regierungsantritt begrüßt und aufrichtige Wünsche für das Gelingen der Vereinigten Staaten zum Ausdruck bringt. Millerand erinnert daran, daß die zahlreiche Vergangenheit die beiden Länder für immer verblende und weißt darauf hin, daß ihre Interessen den beiden Nationen befehlen, einander zu unterstützen. Präsident Harding versichert Millerand in seiner Antwort der unabänderlichen Freundschaft Amerikas für Frankreich und spricht seine Wünsche aus für eine noch engeren Gestaltung der historischen Freundschaftsbände, die Frankreich und die Vereinigten Staaten verbinden.

### Spaniens Ministerpräsident ermordet.

Madrid, 9. März. (WIB.) Ministerpräsident Dato fuhr im Kraftwagen vom Senat nach seiner Wohnung zurück. Drei unbekannte, vermutlich Syndikalkisten, welche ihm mit Motocicledern gefolgt waren, holten den Kraftwagen ein und gaben 27 Revolverkugeln ab. Der Chauffeur fuhr mit größter Geschwindigkeit nach der nächsten Unfallstation, wo die Ärzte nur noch den Tod des Ministerpräsidenten feststellen konnten. Die Angreifer hatten die Augen an ihrer Spitze abgeschossen, um sie in Dunkel-Gehöle umzuwandeln. Die Angreifer entkamen. Bisher fehlt jede Spur von ihnen.

Seit Monaten wurden aus Spanien zahlreiche Terrorakte und danach scharfe Regierungsmassnahmen gemeldet, bei deren Ausführung es zum Gegenterror kam.

Neue Wahlberechtigte der englischen Regierung. Bei den Nachwahlen in Benisons wurde Alderman Gills von der Arbeiterpartei mit 5500 Stimmen gewählt, während der unabhängige Liberale W. M. Gringle 7094 und der Koalitionsliberale J. C. Ginchliffe 7128 Stimmen erhielt.

## Nüchterne Tatsachen.

Von Ray Duard.

Wir sollen bei den Verhandlungen mit der Entente über die Kriegsschädigung so nüchtern als möglich denken, sprechen und handeln, hart gegen uns selbst, nicht weniger hart aber auch gegen den Widerpart, dem wir keine Unmöglichkeiten zusprechen können und dürfen.

Daß die Gegenseite diese Nüchternheit leistet, bestreite ich ganz entschieden.

Sonst hätte Lloyd George nicht die Schuldfrage am Krieg wieder aufrollen können.

Das französische Sozialistenblatt „Populaire“ hat ihm tröstlich und richtig mit dem Hinweis auf die Gesamtschuld des Kapitalismus geantwortet; unsere deutschen Delegierten nicht.

Bei der Gegenüberstellung der deutschen Lebensverhältnisse nach dem Krieg und derjenigen in den Ententeländern ist Lloyd George als Mundstück der Entente wiederum nichts weniger als nüchtern geblieben. Er hat vielmehr im melodramatischen Agitationston geredet. Niesenbelästigung drüben. Drückbergerei haben! In England sind sie alle Steuerengel. Das war etwa das Bild, das er malte.

Die Quäler, die seit Monaten in Deutschland für Kinderpeinigung arbeiten, könnten ihn zur Nüchternheit zurückführen. Auch sonstige Engländer oder Amerikaner, die sich in Deutschland aufhalten. Man kann nämlich immer noch gewisse Arten von Lebensmitteln billiger aus England zu uns einführen, als man sie hier kauft. Zeugnis dafür kann angeboten werden. Ist also wirklich die Belastung in allen Stücken drüber größer, als bei uns? Nüchterne Frage!

Die Post- und Eisenbahnwertsteuer in Deutschland genügt der Entente noch nicht? Hier hat sie die nüchterne Wirkung, daß sich jeder Private ängstlich fragt, ob er nur noch einen Kilometer ohne dringenden Anlaß fahren und einen Brief mehr schreiben soll, als ihm die Lebensnotwendigkeiten vorschreiben. Demnächst soll's ohnedies noch höher gehen mit den Gebühren. Dann werden sie für diejenigen, der sie nicht abwälzen kann, unerschwingbar. Daß sie überhaupt einfach wie indirekte Steuern wirken, und daß sie jedes Geschäft auf seine Preise schlägt, ist doch sonnenklar.

Indirekte Steuern bessern doch aber bei nüchterner Betrachtung unsere Lage nicht um einen Pfennig! Sie erhöhen die Preise und damit die Papierinflation, die uns immer ärmer macht. Und das sollte Lloyd George nicht wissen, wenn er nüchtern, statt im Siegestrausch spricht?

Nur direkte Steuern können unsere Reichskasse voller und zahlungsfähiger machen.

Nebenbei haben sie übrigens die Wirkung, große Kapitalprofite zu senken und damit auch die Preise. Fürchtet Lloyd George für den englischen Kapitalismus, weil er sich so stark auf die Empfehlung indirekter Steuern verweist? Deutsche Reaktionäre à la Scholz sind ihm ja behilflich dabei! Aber nüchtern finanzpolitisch ist das alles nicht.

Die direkten Steuern sind weniger abwählbar, weil ihre laufende Hauptquelle das Volkseinkommen ist.

Nach dieser Richtung drängt die volkstümliche Finanzpolitik der neuen deutschen Republik seit zwei Jahren. Gegen ungeheure Widerstände in den besitzenden Klassen und den Beamtenkreisen. Stärkt denn nun nicht Lloyd George geradezu diesen gegen die ehrliche Kriegsschädigung gerichteten Widerstand unserer großen und kleinen Bourgeois, wenn er indirekte Steuern empfiehlt? Ganz sicher; alle direkten Steuerdrückberger in Deutschland werden ihm jubelnd zustimmen.

Dabei beklagt sich Lloyd George über diese Drückberger! So wenig kennt und sieht er die wirklichen Zusammenhänge. Das „alte kaiserliche Deutschland“, gegen das anzukommen und lahmliegen zu wollen er vorgibt, ist ja sein hocherfreuter Bundesgenosse für einen neuen deutschen Träger indirekter Steuern.

Die Erbschaft des alten Systems ist belastend genug! Noch erhebt das deutsche Reich notgedrungen nicht weniger als 37 Milliarden Mark Zölle und Verbrauchssteuern (vgl. Vorschlag für 1920). Und das soll nach Ententevorschrift gesteigert und damit die Tendenz der Abwälzung auf untere Bevölkerungsschichten gefährlich erhöht werden, während die deutsche Revolution endlich die direkte Zahlungspflicht der Besitzenden festzulegen und auszubauen suchte? Seltsame Reparationspolitik!

Freilich — auch das direkte Steueropfer kann gewisse Grenzen nicht überschreiten.

Eine nüchterne Tatsache dazu, die Kuczynski eben in seiner „Finanzpolitischen Korrespondenz“ feststellt:

Das deutsche Volkseinkommen ist heute unter gewissenhafter Annahme sicherer Erhöhung aus Kriegsgewinnen auf rund 10 Milliarden Goldmark zu schätzen (1 Dollar = 60 Papiermark gerechnet). Die Einstellung des öffentlichen Schuldendienstes für Deutschland bedeutet nichts weiter, als daß von diesen 10 Milliarden eine Milliarde an privaten Zinseneinnahmen abzusetzen ist. Die Bezahlung der Kriegsschädigung



gung durch Zufuhr aber ist nur eine Verschiebung der Zahlungsherkunft. Müssen die exportierenden Fabrikanten Gewinnanteile an das Ausland abgeben, so erheben sie Entschädigungsforderungen an die deutsche Reichskasse. Man mag sich also drehen wie man will. Das deutsche Volkseinkommen aus Kapitalgewinn und Lohn und Gehalt ist die einzige ernsthafte Unterlage für die Wiedergutmachung, soweit wir sie leisten können. Alles andere ist nur Umweg und alles muß doch wieder aus dem Einkommen ersetzt werden.

Wird endlich diese einfache Rechnung gemacht?  
Ist es überhaupt noch eine Frage, ob Deutschland aus einem jährlichen Gesamtvolkeinkommen von 9-10 Milliarden Goldmark 6 Milliarden jährlich Kriegsschädigung bar zahlen kann? Daß es mit dem Rest von 3-4 Milliarden einfach nicht leben kann und sich auf einen Tiefstand von Kultur herunterziehen müßte, der es aus der Reihe zivilisierter Völker ausschaltete, dies wird wohl nicht bloß von dem Kenner Kuczynski anerkannt und betont werden müssen. Das „glückliche“ Deutschland, das Lloyd George wünscht, kommt sicher bei jener Operation nicht heraus!

Nachmal: nüchterne Tatsachen sind harte Tatsachen für beide Teile.

Deshalb ist es aber auch mit nüchterner deutscher Haltung durchaus vereinbar, Lloyd George zu antworten, wie der Engländer Keynes seinem eigenen Landsmann auf seine phantastische Schönmalerei der deutschen Finanzlage antwortete: beide Teile sind irreführend seit Versailles, Brüssel und Paris.

Es wird hohe Zeit, daß sie sich mehr auf die Tatsachen einstellen.

Das heißt für Deutschland, daß es seine direkte Steuerpolitik weiter ausbaut; für die Entente aber, daß sie nicht auf Irrwege mit indirekten Steuertunsftücken führt und weist, und daß sich beide Teile nüchtern darüber verständigen, was vom deutschen Volkseinkommen verwendbar für Kriegsschädigung ist, damit die deutsche Arbeiterschaft nach den Vorschlägen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wirksam an einer Erhöhung ihres Volkseinkommens arbeiten kann. Das ist die ganze Fragestellung.

## Wiedergutmachung — Alleskaputtmachung.

**Wien, 9. März. (Köln. Ztg.)** Bei einem großen Werk des besetzten Gebietes ist bereits im Hinblick auf die kommende Zollschneidung ein Industrieauftrag im Werte von 60 Millionen Mark rückgängig gemacht worden. Die Folgen für die Arbeiter und die Gesamtbevölkerung sind klar.

**Paris, 9. März. (WTB.)** Wie Berlingot mitteilt, haben einige Worte, die Lloyd George am Schluß der Montagssitzung des Obersten Rates gesprochen hat, darauf schließen lassen, daß die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen nur ausgeführt werden sollten, wenn die militärischen Maßnahmen erschöpft sind und ihr Ergebnis für unbefriedigend befunden worden sei. Das sei ein Standpunkt, den die französische Regierung nicht annehmen könne. Die militärischen Zwangsmaßnahmen seien als notwendige Ergänzung der wirtschaftlichen anerkannt worden. Sie sollten hauptsächlich dazu dienen, die Versorgung der Rheinlande, die als autonomes Wirtschaftsgebiet konstituiert werden sollten, mit Kohlen sicherzustellen.

Die Gefekentwürfe in Frankreich und England über den famosen Einfuhrzuschlag auf deutsche Waren sollen in den nächsten Wochen oder Monaten eingebracht werden. Warum denn erst zögern mit der Ermüderung? Ein moderner Herrscher macht's kurz.

**Köln, 9. März. (WTB.)** Die Interalliierte Rheinlandkommission hat zwei neue Verordnungen erlassen, die sofort in Kraft treten.

Nach Verordnung 76 tritt die Telephon- und Telegraphenzensur durch die Besatzungsbehörden für je 8 Tage, die immer wieder um dieselbe Zeit verlängert werden können, in Kraft. Ebenso werden die Nachrichten, die sich auf Bewegungen der Truppen beziehen, unter diese Zensur gestellt.

Verordnung 77 bestimmt, daß die an der deutschen Westgrenze erhobenen Zölle beschlagnahmt werden. Weitere Befehle haben sich die Interalliierte Rheinland-

kommission vorbehalten. Bis auf weiteres werden die bisherigen Zollsätze erhoben. Die Zollverwaltung, die der deutschen Ein- und Ausfuhr dient, und der Dienst zur Verhütung der Kapitalsflucht, der in dem besetzten Gebiete eingerichtet ist, wird der Interalliierten Rheinlandkommission unterstellt.

## Die Besetzung von Duisburg.

**Frankfurt a. M., 9. März. (Frankf. Ztg.)** Die Ausrüstung der Truppen, die eine Menge Munition und Maschinengewehre mitbrachten, war seltensmäßig. Die Stimmung wurde gekennzeichnet durch Oberbürgermeister Dr. Jarcas, der in einer noch am gleichen Nachmittage abgehaltenen Stadiversonenversammlung erklärte, daß man es sich zur Ehre anrechne, für das ganze deutsche Volk zu leiden.

## Hanke muß bleiben!

**Washington, 9. März. (Havas.)** Der Staatssekretär des Krieges hat das Gerücht dementiert, die amerikanische Regierung habe sich mit der Frage der Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein beschäftigt.

## Dänische Chauvinistenpläne.

**Helsingfors, 9. März. (Havas.)** Gestern abend ist eine dänische Privat-Abordnung von Esbjerg nach London gefahren, um dort vor der Abreise der interalliierten Delegation eine Entscheidung dahin herbeizuführen, daß die gemischtsprachigen Gebiete Nordschleswigs unter den „Schutz des Völkerbundes“ gestellt werden, um auf diese Weise zu erreichen, daß Dänemark das Mandat über das deutsche Schleswig erhält. Mitglieder der Abordnung sind die Professoren Bindig-Kruse und Paul Perrier.

## Lieber nach Holland!

**Haag, 9. März. (Holländisch Neuwabureau.)** Aus Deutschland kommen zahlreiche deutsche Arbeiter über die holländische Grenze. Bei Venloo allein kamen Montag nacht 50 Arbeiter nach Holland, die sich der Besetzung nicht unterwerfen wollen.

## Befehlsempfänger antreten!

Alles Abschweören des Anschlußgedankens nützt der bürgerlichen Regierung Deutsch-Österreichs gar nichts. Sie soll durchaus den letzten Rest des Goldbestandes der Oesterreich-Öngar. Bank in Liquidation abliefern, und als ihre Bittgesuche den Welt herrschern lästig wurden, hat man ihr einfach mitgeteilt, daß keine mehr angenommen werden.

Leghin hieß es, der Bundeskanzler Dr. Wagner sei nach London berufen, und ganz Deutschösterreich, dessen 100-Kronen-Schein in Zürich 0,90 Franken kostet, schöpft neue Hoffnung auf Hilfe. Der Zweck der Berufung wird aber jetzt folgendermaßen gemeldet:

**London, 9. März. (WTB.)** Die österreichische Regierung wurde eingeladen, sofort Vertreter nach London zu entsenden, um die Anwendungsmöglichkeiten einiger steuerlicher Bestimmungen von St. Germain zu prüfen. Die Sachverständigenkonferenz, welche darüber Ende der Woche beraten wird, macht die Gegenwart Briand's nicht erforderlich. Er gedenkt spätestens Freitagabend wieder in Paris einzutreffen und wird auf dieser Konferenz wahrscheinlich durch Douhaeur und Berthelot vertreten werden.

Innerhalb Sachverständigenkonferenz. Aber so fängt es ja gewöhnlich an und der Schluß ist ein Diktat.

## Der härtere Kurs.

**Mainz, 9. März. (WTB.)** Der kürzlich vom französischen Kriegsgericht im deutschen Landen zu acht Tagen Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilte Oberregierungsrat Boehm von der Reichsoberverwaltungsverwaltung wurde heute vom Kriegsgericht in Mainz, wohin das Revisionsgericht die Angelegenheit zur erneuten Verhandlung verwiesen hatte, zu neun Monaten Gefängnis und 7500 M. Geldstrafe verurteilt. Oberregierungsrat Boehm hatte seinerzeit der Anordnung der Besatzungsbehörden auf Ueberlassung der Einrichtung des Schullokals für französische Kinder sowie auf Lieferung von Möbeln für Unteroffiziersfamilien keine Folge geleistet.

wieder als Vorhülle zu schwerfällig und bemußt. Das war kein italienischer Star. Guglielmo und Ferrando waren bei Flegler und Kirchner gut aufgehoben. Sie spielten sich rasch in Feuer und Gelensigkeit hinein, und zwischen ihnen marschierte Jador als kluger, weltweiser Frauenkammer. Eine Aufführung, die sich lohnt und die mit Recht schon in den nächsten Tagen als Volksvorstellung wiederholt wird.

**Shaw hat das Wort.** Der Londoner Berichterstatter der „Politiken“ hatte mit Bernhard Shaw eine Unterredung über die Schadenersatzfrage, in der sich der Dichter so äußerte: „Warum nennen Sie diese Angelegenheit einen Schadenersatz? Selbstverständlich nennt man die Forderung in England so, aber in der ganzen übrigen Welt mit Ausnahme der Länder der Verbündeten weiß man ganz genau, daß das, was die Entente von den Deutschen wünscht, nicht Schadenersatz, sondern einfache Beute und Raub des Siegers ist. Die einzige Frage ist jetzt folgende: Wieviel können wir überhaupt erhalten? Unglücklicherweise lebt unsere Arbeiterklasse von der Herstellung von Waren für die am Ruher befindliche bestehende Klasse. Sobald diese das, was sie braucht, von anderer Seite erhält, wird unsere Arbeiterklasse arbeitslos. Falls Deutschland Waren fabriziert und diese nach England als Schadenersatz sendet, werden die englischen Straßen bald mit arbeitslosen früheren Soldaten überfüllt sein, die mit der Revolution drohen. Eine andere Möglichkeit, wie Deutschland bezahlen kann, existiert aber nicht. Und daher steht der Premierminister zwischen Teufel und Beelzebub. Gesinnt es Lloyd George nicht, Deutschland zum Zahlen zu zwingen, so werden die oberen Zehntausend, die das Fehlende in Form von Steuern werden zahlen müssen, die Angriffswaffe gegen ihn wenden, und gelinst es ihm, Deutschland zum Zahlen zu zwingen, wird er sich der Revolution der Arbeitslosen gegenübersetzen. Die ganze Situation ist im Augenblick der deutliche Beweis des Fiaskos des kapitalistischen Systems, und daher wäre es für die oberen Klassen, wie auch für die Arbeiterklassen viel besser, zu dem alten Rufe der Bogzisten zurückzukehren: Keinen Schadenersatz! Wenn die Kunden eines Schuhmachers dessen Geschäft plündern, kann er auf sie schließen, bis diese zur Vernunft kommen. Seht er aber die Schieberei auch nach diesem Zeitpunkt noch fort, so ruiniert er nur sich selbst und tötet die andern. Genau so handeln augenblicklich die Alliierten.“

**Reichskulturabgabe und Buchhandel.** Eine urheberrechtliche Kommission, die der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit eingesetzt hat, verhandelt zurzeit über den Plan einer Kulturabgabe, die durch Reichsgesetz eingeführt werden soll. Der Plan, der im Interesse der notleidenden geistigen Arbeiter aller Art verfaßt ist, widerspricht der Konturierung der freigewordenen Autoren und Musiker, der Reproduktionen alter Kunst immer mehr die Ausfuhr der jungen Kräfte unterbindet, führt auf den starken Widerstand des Buchhandels. Das Organ des Börsenvereins nennt z. B. die Kulturabgabe eine das laufende Publikum belastende indirekte Steuer, die nur kulturfeindlich wirken wird. Das heißt denn doch etwas die auftragen. In derselben Nummer der Buchhandlerszeitung teilt ein großes Verlagshaus seine jetzigen Staffelpreise mit: 4 Bände

## Moskauer Alarmruf.

**Helsingfors, 9. März. (Havas.)** Die sozialistische „Krahnaja Gayeta“ („Rote Zeitung“) appelliert in einem Aufruf an die Disziplin der kommunistischen Arbeiterschaft und sagt: „Hochtöpfe und Fäghner sind alle diejenigen, die sich zur Aufhebungsbewegung durch die Agenten der Entente, durch die Sozialrevolutionäre und die Menschewitsch hinreichend lassen. Begreift doch, Kameraden, daß die Macht der Arbeiter und der Bauern sofort verschwinden wird, wenn ihr gute Anstrengungen nicht mit den anfeigen vereinigt, um die schrecklichen Prüfungen, die die Sowjetrepublik jetzt durchmacht, mit Überwinden zu helfen. Diese Stunde ist entscheidend! Heute wird es uns noch gelingen, denjenigen die Waffen zu entreißen, die unsere Vernichtung wollen, aber wer weiß, ob es morgen noch möglich sein wird!“

**London, 9. März. (Havas.)** Der schwedische Berichterstatter der „Times“ meldet, daß General Koloischin an die Räteregierung ein Ultimatum gerichtet habe, dessen Inhalt noch nicht bekannt ist. Die Führung des Aufstandes in Kronstadt hat nicht der bekannte Mathematiker und General der zaristischen Armee Koloischin inne, sondern ein fünfundsiebzigjähriger Mann gleichen Namens, der während des Krieges Oberst wurde und von Kerenki den Generalrang erhielt.

**Helsingfors, 9. März. (Holländisch Neuwabureau.)** Nachrichten aus Wjborg belagen, daß in der Nacht vom 7. März zahlreiche Arbeiter aus den Fabriken in Tula, Serpuklow und anderen Vorstädten Moskaus sich den Aufständischen angeschlossen haben.

## Zwei Doktorfragen.

Die „Rote Fahne“ hatte im Anschluß an die letzte Reichstagsrede des Unabhängigen Dr. Rudolf Breitscheid die Frage erhoben: „Wir fragen jeden klar denkenden Arbeiter: Kann ein käuflicher Agent des Rentekapitals anders reden als Herr Breitscheid?“

Die „Freiheit“ antwortet heute darauf mit folgender Gegenfrage: „Wir aber fragen jeden klar denkenden Arbeiter: Kann ein käuflicher Agent der deutschen Schwerindustrie anders schreiben als dieser Mitarbeiter der „Roten Fahne“?“

An bekannter Beschcheidenheit erklären wir uns außerstande, die beiden Fragen zu beantworten. Wir überlassen vielmehr unseren Lesern das Urteil — über die Fragesteller!

## Berichtigung.

1. Es ist nicht richtig, daß ich „das Bedürfnis empfunden habe, mir Jucker hinterherum zu verschaffen“. Richtig ist vielmehr, daß mir als Witteigentümerin des Gutes Großburg in Schl. nach den gesetzlichen Bestimmungen für abgelieferte Zuckerrüben eine bestimmte Menge Deputatzucker zur Verfügung steht. Lediglich diese Zuckermenge ist, und zwar mit ausdrücklichem auf dem Frachtbrief vermerkteter Genehmigung des zuständigen Kommunalverbandes Strieschen, an mich zur Verwendung gebracht worden.

2. Es ist ferner nicht richtig, daß ich einen Wink bekommen habe, die Freigabe des (beschlagnahmten) Zuckers zu bewirken. Richtig ist vielmehr, daß der Zucker nur deshalb, weil der die Rechtsmöglichkeit der Sendung bemessende Frachtbrief auf der Bahn verloren war, irrtümlich von dem Lebensmittelverband Groß-Berlin beschlagnahmt ist, und daß ich darauf meinerseits, ohne einen Wink von anderer Stelle, selbstverständlich Freigabe des verzeichnislich beschlagnahmten Zuckers beantragt habe.

Charlottenburg, den 21. September 1920.  
Frau Staatsminister Theda Friedberg.

**Landtagswahlen in Gofa.** Bei der Landtagswahl im Freistaate Gofa erhielten die im Heimatbund vereinigten Parteien (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Bauernbund und Demokraten) 41 913, die Sozialdemokraten 4286, Unabhängigen 8307, die Kommunisten 24 797 Stimmen. Bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 wurden abgegeben für die Sozialdemokraten 3632, Unabhängigen 41 865, Kommunisten 2884, Demokraten 7036, Zentrum 469, Deutsche Volkspartei 16 307, Deutschnationalen 27 101 (unter diesen 21 738 für die landwirtschaftliche Berufsvereiner). Kommunisten und Unabhängige zusammen verloren also 11 625 Stimmen, während die Sozialdemokraten, die in der linksradikalen Hochburg einen schweren Stand haben, 654 gewannen, die Bürgerlichen aber 8038 einbüßten.

**Die Wohnungsabgabe.** Der Wohnungsaußschuß des Reichstages beendete am Dienstag die erste Sitzung des Beiratens über die Förderung des Wohnungswesens durch Erhebung einer besonderen Abgabe.

## „Cosi fan tutte“ in der Staatsoper.

Ein Jahr vor seinem Tode, an Leben und Seele krankend, schreibt Mozart auf Da Pontes Text diese Oper. Neben dem Högrenschspiel und dem Singspiel „Die Entführung aus dem Serail“ lebt dieses hingeworfene Buffostück als köstlichste Gabe des Theatergenies Mozart. Man hat dem Stoff und der Handlung vielerlei vorgeworfen, hat daran gemodelt und gewandelt, Gestalten eingefügt, Calderonschen Text unterlegt. Das ist alles sehr geschickelt. Aber lassen wir die Literaturkritik beiseite. Was ist der schlechteste Stoff nicht wert, wenn ihn ein Mozart verzaubert, entsinnlich, versteinert macht?

Zwei Frauen bestehen vor zwei Männern nicht die Probe auf ihre Treue, wenn ihrer Einsamkeit verleidete Verführer nahen. Das ist wenig, auch in der lustigen Form einer Wette, und ist unnatürlich selbst noch im Satonspaß. Aber hier ist ja bei Mozart alles auf den sichernden Ton der Ironie, der graziösen, phantastischen Illusion gestellt, aus Menschen sind Figürinen, aus Schicksalen Maskenscherze gemacht. In den Liebesleben scheint diesmal der Ernst der Situation und die dramatische Einie der Partitur einen inneren Reiz zu schaffen. Die zierliche Ironie aber schiebt in das Pathos hinein, und wesenlos, unlogisch, verführerisch unwahr ist die Handlung geworden. Ein einziges Rätsel, ein feines, süßes Spöttchen geht durch die Musik, die letzten Endes erkennen läßt, daß die falken Paare sich gefunden zu haben scheinen. Dieses glückliche Ende mit Jubelgesang der Wiedergefundenen ist die letzte Ironie, die in dieser vollendetsten Opera Buffa Stippling wird. Così fan tutte — so machen es alle. Sollen wir dem Leben oder dem Spiele glauben? Frag nicht lange, die Musik behält recht.

Ernst Perle, einer der besten Mozarkenner, hat das Prinzip der Ironie und der Symmetrie in diesem Spiel am härtesten herausgeholt. Ein Rastenscherz: hier zwei Frauen, dort zwei Liebhaber, hier in der Mitte eine lustig verliebte Jofe, dort der lebenserfahrere Alfonso, so muß auch die Inszenierung entsprechend dem bis zum Aufbau der Musiknummern scharf geprägten Spiel der gleichmäßigen Stripplierung gerecht werden. Franz Ludwig Hörth traf diesen Stil mit unübertrefflichem Geschick. Es ist eine innere Rhythmis, eine spielerisch durchdrachte und märchenhaft gestaltete Inszenierung. Kostüm, Bilder, Vorhänge, ja das erdöde und leicht puppenhaft gerahmte Szenarium allein schon versehen in die notwendige Unwirklichkeit einer unwirklichen Zeit. Vom holl Rast mit Farbe und Decor des achtzehnten Jahrhunderts. Die beiden Liebhaber brauchten auch nur als balkanische Räuber nicht durch Fußstapfen an den Wangen im Singen gestört zu werden. Wir wissen doch, wer sie sind. Die vielen Verwandlungen lösten sich mit seltener Schnellfertigkeit ab. Im Orchester hielt Blech mit strengem Blick auf Sachlichkeit in einem flott hingelagten Tempo. Von den Spielern war Vera Schwarz, eine Laune aufstrebender Wäghheit, faden-spannender und lodrender Spötterei, weil aus die feinstcharakterisierende Figur auf der Bühne, trotz des Ausbreites ihrer Stimme eine samole Destina. Frau Catopoi, gesunglich eine feine Fioridigli, spielerisch zu starr, Frau Hedmann-Bettendorff

Goethe in Auswahl 80—110 Mark je nach Einband, Schiller 8 Bände 160 bis 220 Mark, Heine 5 Bände 90 bis 137,50 Mark usw. Kommen do wirklich 10 Proz. Zuschlag für die Kulturabgabe hinzu, so bedeutet das bei Leuten, die solche hohen Preise ausgeben können, gar nicht so viel. Und der Käufer mag sich dann noch sagen, daß dieser Zuschlag den Dichtern von heute ihre Existenz erleichtert und ihr Herortreten ermöglicht. Der Börsenverein hat neulich den Sortimenterausschuß und die Balotaordnung aufrechterhalten, beides Dinge, die gegen das Interesse der Autoren eingeführt worden sind, und tat es gegen den Vorstoß des Reichsfinanzministeriums. Der Sortimentshandel fordert beim schönwissenschaftlichen Buch vom Verleger 45 Proz. für sich. Was würde wohl erst der Buchhandel sagen, wenn auch der geistige Urheber mit derartigen Forderungen käme. Die Kulturabgabe muß kommen, wenn das geistige Leben Deutschlands nicht infolge der Verlesung der Schriftsteller- und Künstlerwelt unheilbaren Schaden nehmen soll.

**Eine Affenhochzeit.** Von allen verrückten Einfällen, an denen die amerikanische sogenannte Gesellschaft so reich ist, ist wohl die rückste die Zeremonie, die vor kurzem von einem reichen Chicagoer Herrn auf seinem Landsitz zu Palm Beach in Florida einem belustigten und entzückten Kreis von Freunden vorgeführt wurde. Es handelte sich dabei um nicht mehr und nicht weniger als die Hochzeit zweier Affen, die mit grotesker Nachahmung aller Feinheiten einer reichen Menschenhochzeit vollzogen wurde. Die „Braut“ trug ein Brautkleid aus kostbarster weißer Seide; sie wurde geleitet von drei Brautjungfern, die ebenfalls sehr fein angezogen waren, und von vier gravitätisch gekleideten Brautführern. Die Rolle des Geistlichen spielte ein Herr aus Philadelphia. Ein hochzeitlich, bei dem die ersten Lederbissen serviert wurden, verzehrte das jungvermählte Affenpaar mit einer zahlreichen Affengesellschaft, während die menschlichen Zuschauer mit größter Neugierde dem Fest ihrer „Stammväter“ zuschauten. Nach dem Essen begleiteten die Gäste das Brautpaar nach seiner Hütte. Das ganze Schauspiel trug einen deutlich blasphemischen Charakter, und der einzig Vernünftige bei dem ganzen Fest scheint der Affenbräutigam gewesen zu sein, von dem der Festbericht mit einer gewissen Entrüstung feststellt, daß er „keinerlei Interesse“ zeigte.

**Vorträge.** Donnerstag 7/8 Uhr spricht in der Kant-Gesellschaft im Hörsaal 4 des neuen Universitätsgebäudes der Universitätsprof. Gervogen über „Verreibungen pflanzlicher und tierischer Organismen“, Freitag, den 11. 7/8 Uhr, spricht im Pharmakolog. Institut, Dorotheenstr. 28 II, im Bunde zur Förderung der Wissenschaften über den „Ablauf der Vitae“ und Dr. Wollmeier über „Schadenswirkungen der Vitae“. Am Samstag, den 13. 7/8 Uhr, spricht in der Kant-Gesellschaft im Hörsaal 4 des neuen Universitätsgebäudes der Universitätsprof. Gervogen über „Verreibungen pflanzlicher und tierischer Organismen“, Sonntag, den 14. 7/8 Uhr, spricht im Hörsaal 4 des neuen Universitätsgebäudes der Universitätsprof. Gervogen über „Verreibungen pflanzlicher und tierischer Organismen“.

**Ausführung.** Zum 1. Vorlesenden des Berliner wirtschaftlichen Verbandes bildende Künstler wurde Prof. Max Kasper gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Otto Marcus, hat den Posten niedergelegt, da er zum Generalsekretär des Reichswirtschaftsverbandes bildender Künstler Deutschlands berufen ist.



## Kein Genie!

An dieser Stelle ist mehr als einmal festgestellt worden, daß der deutsche Militarismus, daß insbesondere Herr Ludendorff und seine Getreuen die eigentlichen Geburthelfer des russischen Bolschewismus sind. Diese historische Erinnerung ist den Deutschnationalen sehr unangenehm. Nachdem Ludendorff höchstpersönlich im „Militärwochenblatt“ seinen hier schon gekennzeichneten mißglückten Rechtfertigungsversuch unternommen hat, gedenkt jetzt in der „Deutschen Tageszeitung“ ein Dr. E. Jenny, Spezialist im Antibolschewismus — aber kein Genie, ein Vorgesetzter und Bretter zu dem Thema.

Seine Ausführungen sind in Wirklichkeit nur eine schwere Belastung derer, die er verteidigen will. Denn Dr. Jenny plädiert nicht auf erwiesene Unschuld, sondern von vornherein nur auf mildernde Umstände. Seine Ausreden stehen auf folgender Höhe: Die Begründung der Bolschewisten sei doch gar nicht so schlimm, die Entente selber habe doch die erste (März-) Revolution in Rußland angezettelt, ein gerissener Keel wie Lenin würde auch ohne deutsche Hilfe mit der Zeit den Weg nach Rußland gefunden haben, es seien ja auch andere Bolschewisten auf Umwegen nach Rußland gelangt, schließlich habe man damals in Deutschland gar nicht so genau gewußt, wer Lenin und Sinowjew eigentlich seien usw. usw. — Das mag alles sein, wie es will, aber es ändert kein Jota an der Tatsache, daß Ludendorff die Bolschewisten nach Rußland importiert und daß sein Pressechef Nikolai durch deutsche Flugblattpropaganda den Bolschewismus in der russischen Armee hochgezüchtet hat. Daß beide politisch viel zu einflusslos waren, um die Konsequenzen ihrer Handlung übersehen zu können, das ist ja gerade, was wir stets behauptet haben!

## Die Keederei-Millionen.

Der Hauptausschuß des Reichstages legte am Mittwoch die Beratung über den Keedereiabfindungsvertrag vor.

Dr. Reichert (Dnalk.): Die Regierung möge der Frage näher treten, auf welche Art entsprechend der den Keedereien zugewilligten Beihilfen auch eine Unterstützung der in den abgetretenen Gebieten und im Feindesland liquidierten industriellen Unternehmungen bewerkstelligt werden könne.

Abg. Wieber (Zentr.): Ueber den Riesensummen der Keedereiabfindung sollten die jetzt durch die Sanktionen der Entente arg bedrängten rheinisch-westfälischen Industriegebiete nicht vergessen und vernachlässigt werden.

Abg. Hoch (Soz.): In dem Gesetz über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte vom 7. November 1917 ist ausdrücklich einem späteren Reichsgesetz vorbehalten, ob und in welcher Höhe das Reich an den Gewinnen der auf Grund jenes Gesetzes wiederhergestellten Schiffe zu beteiligen ist und ob hinsichtlich der Verwendung dieser Schiffe Beschränkungen notwendig sind. Diese Bestimmung ist das Ergebnis langer Verhandlungen im Jahre 1917 gewesen, und sie ist heute notwendiger denn je. In der großen Not unseres Volkes ist es unerträglich, wenn zur Weiterbeschäftigung der Werftarbeiter an die Keeder so viel Milliarden ausgezahlt werden, ohne daß sich der Reichstag die Rechte aus jenem Gesetz vom Jahre 1917 wahrnimmt. Hoch empfiehlt daher in einem Antrage, dem Keedereiabfindungsvertrag nur unter der Voraussetzung der Zustimmung, daß darin noch eine Bestimmung aufgenommen werde, wonach der in Frage stehende Paragraph des Gesetzes über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte vom 7. November 1917 auch für diejenigen Schiffe Geltung haben soll, die auf Grund des jetzigen Keedereiabfindungsvertrages gebaut werden.

Ministerialdirektor Jönckers (Wiederaufbaumministerium): Bei der Frage der Gewinnbeteiligung des Reiches an den neu zu erbauenden Schiffen muß unterschieden werden zwischen den Zahlungen, die auf Grund des Beihilfegesetzes geschehen und denjenigen, die als Entschädigung für die leinerzeitige Enteignung gewährt werden. Die Kontrolle darüber, ob und in welchem Umfang dem Reich im Einzelfalle ein Gewinnanteil zusteht, ist schwer durchführbar.

Abg. Henke (U. Soz.) kritisiert im allgemeinen den ganzen Keedereiabfindungsvertrag. Gerade die Keedereien haben im Kriege beträchtliche Gewinne gemacht und sollen jetzt noch mit 12 Milliarden unterzückt werden. Sie haben durch den Krieg nicht mehr Einbußen erlitten als der Mittelstand und die Arbeiterschaft. Die ganze Vorlage erscheint mir durchaus unzureichend begründet.

Staatssekretär Müller (Wiederaufbaumministerium) hält dem Abg. Henke entgegen, daß gerade für die Seeleute seitens der Regierung viel getan worden sei.

## Pfeffers Frontbund vor Gericht.

Aus der Beweisaufnahme am Dienstag ist noch folgendes hervorzuholen:

Der Zeuge Dittbänder, Ueberwachungsbeamter der Reichsnetzeinstelle, hat in einem Arnswalder Hotel aus dem Nebenzimmer ein Gespräch des Unteroffiziers Pfeffer mit einem bayerischen Studenten gehört. Pfeffer sagte, die Leute bekämen zu ihrem Arbeitslohn von Hauptmann Pfeffer täglich 1,50 M. Lohn, das Geld käme vom Landbund und vom Bund der Großindustriellen.

Zeuge Büllemeyer, Mitglied der Organisation Pfeffer im Sommer 1920, laut sehr vorsichtig aus: Der Kreis war eingeteilt in Abteilungen, jeder Abschnitt hatte einen Führer, ebenso die Unterabteilungen. Es war so organisiert, daß die

### Leute gleich beisammen sein

konnten. Der Zeuge hat seinerzeit Material der „Freiheit“ eingesandt. Auf seine Ermittlungen hin ist Hauptmann Pfeffer verhaftet worden.

Zeuge Hensberg, Mitglied des Freikorps Pfeffer: Der Vertrauensmann des Hauptmanns Pfeffer, Wlison, auch Günter genannt, habe ihm gesagt, Waffen und Munition seien vom Sennelager nach Arnswalde unterwegs. — Oberwachmeister Fabidied sagt aus: Ich habe einen Bericht auf Grund der Mitteilungen der Herren Hensberg, Büllemeyer und noch zweier anderer über die militärische Organisation des Hauptmanns Pfeffer an das Berliner Polizeipräsidium gesandt. Hensberg und Genossen erzählten, Pfeffer habe eine

### Leitgarde von 20 Mann,

um sich gegen eine Verhaftung zu schützen, auch Wlison habe erklärt, wenn niederzuschließen, der Pfeffer nahetrete wolle. Die Angaben Hensbergs und Büllemeyers gegenüber Fabidied waren viel ausführlicher als jetzt in der Verhandlung, so daß der Vorsitzende den beiden Zeugen vorhielt, daß sich auf Grund ihrer jetzigen Aussage die Staatsanwaltschaft vielleicht überlegt hätte, Anklage zu erheben.

Fabidied erklärt auch, daß Hensberg und Genossen für ihr Material gegen Pfeffer Geld haben wollten.

Als Zeuge wird sodann der politische Redakteur der „Freiheit“ Rabold vernommen: Das Freikorps Rothbach war auch aufgelöst in eine Arbeitsgemeinschaft und beim Kapp-Putsch trat es doch sofort in Berlin wieder geschlossen in Aktion. Die Arbeitsgemeinschaft Pfeffer war eine militärische Organisation, sie hat Leute in Berlin angeworben, die Fahrscheine erhielten, auf denen stand, sie seien im Sennelager entlassen worden. Büllemeyer und Hensberg waren gar nicht die Hauptzeugen für die „Freiheit“. Zeuge Rabold hat dem Bericht auch ein Schriftstück übergeben, auf dem der Adjutant Leutnant Schlorenberg

### Fliegerpersonal such.

Pfeffer erklärt, davon nichts zu wissen.

Als nächster Zeuge wird der Holzarbeiter Havers vernommen, der behauptet, an nichts mehr sich erinnern zu können. Er

ist im Sommer 1920 auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin angehalten worden, als er mit einem militärischen Fahrschein nach Arnswalde reisen wollte. Daniels hat er auf der Kommandantur in Berlin genaue Angaben über den militärischen Charakter seiner Anwerbung gemacht, an die er sich jetzt nicht mehr erinnern will.

Am Mittwoch wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Zeuge Timm ist vom Fährlich-Bäcker im Juni 1920 mit der Frage, ob er wieder Soldat werden wolle, in Bielefeld angeworben worden und nach Arnswalde gefahren. Pfeffer lehnt für die Tätigkeit Bäckers jede Verantwortung ab. Pfeffer hat aber die Leute für die Tage in Arnswalde entlohnt. Timm behauptet, Pfeffer habe ausdrücklich gesagt, daß sie nötigenfalls zur Abwehr von Puffen

verwendet werden sollten. Pfeffer bestreitet das. Der Zeuge bleibt bei seiner Behauptung. Der Vorsitzende weist allen Zeugen vor, daß sie mit gefälschten Militärfahrscheinern gefahren seien. Man vergißt, daß nicht die Zeugen, sondern Hauptmann Pfeffer angeklagt ist. — Zeuge Boll ist aus Arnswalde wieder fortgegangen, da er statt Soldat zu sein, für 11 M. zwölf Stunden als Landarbeiter arbeiten sollte. Pfeffer habe gesagt, sie sollten

### auf Staatskosten

wieder zurückfahren. — Zeuge Marg ist auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin angeworben worden für das Freikorps Pfeffer. Der Angeklagte lehnt auch dafür jede Verantwortung ab und erklärt den Werber auf dem Stettiner Bahnhof für einen Spion. — Zeuge Krennlich von der Sturmabteilung Pfeffer sagt nichts Wesentliches aus. Der Schutzpolizist Wendt aus Jossen bei Berlin gehörte auch einige Zeit der Arbeitsgemeinschaft Pfeffer an. Er hat keine militärische Geheimorganisation bemerkt.

Unerwünschte Reaktionen. Die bayerischen Deutschnationalen (bayerische Mittelpartei) haben in einer scharfen Entschiedenheit ihres Landesausschusses gegen die bayerische Königsparität Stellung genommen. Der Königsparität wird vorgeworfen, daß sie den monarchischen Gedanken gefährde (!) und eine Gefahr für die Reichs- und Landesinteressen sei. Kein Mitglied der Deutschnationalen dürfe daher Mitglied der Bayerischen Königsparität sein. — Die Enthaltungen des Herrn Mayer-König über die Königsparität und Brügelzentrale scheinen die Uneinigkeit im reaktionären Lager Bayerns gefördert zu haben. So muß nun selbst die Königsparität sich sagen lassen, daß sie eine Gefahr für den monarchistischen Gedanken sei.

## Groß-Berlin

### Noch kein Bezirksamt bestätigt.

#### Was sagt der Minister des Innern?

Als eine Sabotage des einheitlichen Groß-Berlin bezeichnet man vor acht Tagen die Art, wie der Oberpräsident gegenüber den gewählten Bezirksämtern sein Bestätigungsrecht anwendet. Eine Korrespondenz, die von einem Stadtverordneten der Deutschen Volkspartei herausgegeben wird, unternahm gegenüber unseren Angriffen den Versuch, den Oberpräsidenten reinzuwaschen und die Schuld an der Verschleppung der Bestätigung dem Berliner Magistrat in die Schuhe zu schieben. An diesem Vorwurf gegen den Magistrat ist so viel richtig, daß der letztere überhaupt keinen Anlaß hatte, die gewählten Bezirksämter zur Bestätigung einzuladen, weil weder aus dem Gesetz Groß-Berlin, noch aus der Städteordnung eine solche Pflicht herzuleiten ist.

Schon der Grundsatz der Selbstverwaltung hätte den Berliner Magistrat davor bewahren sollen, dem Oberpräsidenten ohne genügenden Grund die für die Bezirksämter Gewählten zur Bestätigung zu unterbreiten.

Richtig ist des weiteren, daß die Wahllisten einiger Bezirksämter, insbesondere des von Charlottenburg, etwa 14 Tage im Berliner Rathaus gelegen haben. Wenn der Magistrat schon glaubte, die gewählten Bezirksamtsmitglieder dem Oberpräsidenten zur Bestätigung einreichen zu müssen, dann hätte er die Ueberreichung an denselben etwas schleuniger bewerkstelligen können. Anscheinend hat es einem Magistratsrat im Berliner Rathaus Spaß gemacht, die Listen so lange festzuhalten.

Trifft es den Berliner Magistrat ein teilweises Verschulden an der Verzögerung der Bestätigung, so wäre es völlig falsch, den Oberpräsidenten von dem Verdacht der gewissenlosen Hinauszögerung zu befreien.

Es steht einwandfrei fest, daß bereits seit Wochen Listen von Bezirksämtern dem Oberpräsidenten vorliegen, und darunter befinden sich solche, gegen die aus rein sachlichen Gesichtspunkten Einwendungen schwerwiegender Art nicht zu erheben sind. Diese Bezirksämter könnten bereits tätig sein, wenn der Oberpräsident seine Pflicht erfüllt hätte.

Wir müssen auf Grund dieser Verschleppung immer mehr zu der Ueberzeugung kommen, daß der Oberpräsident unter dem Zwange bestimmter politischer Einflüsse steht, um so mehr, als der deutschnationale Redner in der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag bereits eine Korrektur des Gesetzes Groß-Berlin in Aussicht stellte. Hingzu kommt, daß der Oberpräsident eine Ungültigkeitserklärung der Stadtverordnetenversammlung durch das Oberverwaltungsgericht erhofft und nicht zuletzt eine abwartende Stellung hinsichtlich der neuen Regierungsbildung einnimmt. Eine solche Methode, amtliche Maßnahmen nach wechselnden politischen Konjunkturen zu treffen, wäre unerhörte.

Nachdem wir wiederholt auf die großen Schäden aufmerksam gemacht haben, welche der Groß-Berliner Verwaltung durch eine weitere Hinauszögerung der Tätigkeit in den Bezirksämtern erwachsen, fordern wir vom Minister des Innern die schnelle Bestätigung der Bezirksämter, soweit gegen die Gewählten Einwendungen ersterer Art nicht vorliegen.

Die Bestätigungsfrage der Bezirksämter wächst sich nachgerade zu einem Skandal aus, an dem lediglich die Feinde des einheitlichen Berlin und der Selbstverwaltung helle Freude haben.

Will der Minister des Innern nicht das Obdium der Mitschuld an diesem Skandal auf sich laden, so mag er gegen die Saboteure des neuen Berlin vorgehen, ehe es zu spät ist.

Innerhalb der Parteienoffensivität Groß-Berlins ruft die Passivität des Ministers des Innern gegenüber der Verschleppung der Groß-Berliner Verwaltung bereits lebhaftes Befremden hervor.

### 100 000 Mark Postgelder unterschlagen.

Nach Unterschlagung von über 100 000 M. Postgeldern ist aus Buer in Westfalen der 24 Jahre alte, aus Münster gebürtige Postgehilfe Paul Kwapisch geflüchtet. Der ungetreue Beamte hat sich nach den bisherigen Feststellungen von dort nach Berlin gewandt und ist auch hier bereits gesehen worden. Kwapisch, der das Geld durch Schieberungen mit Fahrkarten und Unterschlagungen an sich brachte, ist aus Buer bereits seit dem 21. Februar d. J. verschunden. Zweckdienliche Mitteilungen, die zur Festnahme des Geflüchten, auf dessen Ergreifung und die Wiederbeschaffung des

veruntreuten Geldes eine hohe Belohnung ausgesetzt ist, sind an die Dienststelle C. 2. Kriminalkommissar Boese, Georgenstraße 30a, zu richten. Der Flüchtling ist 1,68 Meter groß und schlank, hat aufrechten, elastischen Gang, ein volles, blaßes Gesicht, gekräuselte Haare von blonder Farbe, die er links geschüttelt trägt, einen kleinen Schnurrbart und etwas abstehende Ohren. Ein besonderes Kennzeichen ist das Fehlen aller Finger bis auf den Daumen an der rechten Hand.

### Warum ruhen die Museumbauten?

Die ungeheure Arbeitslosigkeit und besonders auch im Bauwesen beschäftigte dauernd die Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaftskommissionen usw. Währenddessen werden Arbeitsmöglichkeiten, die vor aller Welt offen daliegen, gar nicht berücksichtigt. Die stillliegenden Museumbauten im Zentrum der Stadt werden jedem aufgefallen sein, der aufmerksam beobachtet. Hier wäre es möglich, im Interesse der Arbeitslosen die Arbeiten zu fördern, zumal Materialschwierigkeiten, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, nicht bestehen. Wenn man die Parlamentsverhandlungen verfolgt, so wundert man sich über die ungeheuren Summen, die oft für unproduktive Zwecke bewilligt werden. Hier aber, wo es wirklich möglich wäre, einer großen Anzahl von Berliner Bauhandwerkern um Arbeit und Existenz zu geben, ist wieder kein Geld da. Was an kulturellen Werten vernachlässigt werden muß und verloren geht, soll dabei völlig außer Betracht gelassen werden.

### Lehrerinnen im Postdienst.

Wie der Oberpostdirektion Berlin bekanntgeworden ist, besteht zurzeit ein Ueberangebot an jüngeren weiblichen Beamtinnen, die wegen des Fehlens von Stellen nicht untergebracht werden können. Auf der anderen Seite weist die Oberpostdirektion darauf hin, daß augenblicklich ein größerer Mangel an Bewerberinnen auf Beamtenstellen im Post- und Fernsprechdienst herrscht. Auf ihr Ersuchen hat der preussische Unterrichtsminister den jüngeren weiblichen Beamtinnen durch die Schulbehörden bekanntgeben lassen, daß sie sich für solche Stellen melden können. Die Bewerberinnen müssen das 18. Lebensjahr vollendet und dürfen das 25. nicht überschritten haben; sie müssen mindestens gute Volksschulbildung besitzen und körperlich gesund sein. Bewerbungen mit Lebenslauf sind an die Oberpostdirektion Berlin zu richten. In Betracht kommen junge Mädchen und auch kinderlose Witwen.

### Wer auf Belohnung hofft...

Eine heillose Schlampererei scheint im Amtsbereich des Reichswehrministers Gessler zu herrschen, wie folgender Fall beweist: Anfang Mai 1920 gelang es unserem Genossen Krause, die versuchte Verschlebung von ungefähr ¼ Million Gewehrpatronen nach Polen zu vereiteln. Der Schußige, ein Offizier, wurde verhaftet — vielleicht auch bestraft. Soweit ging alles glatt vonstatten. Nun glaubte unser gutgläubiger Genosse die öffentlich angezeigte Belohnung für die Herbeischaffung des gestohlenen Heeresgutes zu erlangen, zumal ihm die Sache eine ganz nette Summe gekostet hatte; aber weit gefehlt. Nachdem er von der Polizei eine kleine Summe erhalten, wird er von einer Amtsstelle zur anderen verwiesen. Niemand ist „zuständig“. Endlich erzählt er im Dezember v. J., daß das Reichswehrministerium resp. das Reichswehrregiment Nr. 5 in Potsdam, das die Patronen „erfoßt“ hat, die Belohnung auszahlen muß. Persönliche Vorstellung, eingeschriebene Briefe verfehlen ihre erhoffte Wirkung. Der Mann ist noch den vielen Kaufereien und Schreibereien ratlos und möchte doch wenigstens zu dem verausgaten Gelde kommen. Wir haben ihm zunächst gesagt, daß der Minister Gessler nur keine Zeit für ihn hat; seine Zeit wird zur Bekämpfung des R.F.S., Putschplänen gegen die sozialdemokratische Presse und dergleichen völlig ausgefüllt. Wie recht wir haben, beweist das Stillschweigen, das er allen Anfragen untrübselig in vielen sein Ressort betretenden Fragen beobachtet. Im übrigen könnte man im Fall Krause belohnen zu der Annahme kommen, daß die vor der Verschlebung nach Polen bewahrten Patronen vom Reichswehrregiment Nr. 5 gar nicht „erfoßt“ — sondern vielleicht doch noch verschoben sind; wenn auch nicht nach Polen. Möglicherweise alles!

### Amtlicher Nachweis von Kriegergräbern.

Der Kriegergräbernachweis und die Kriegergräberfürsorge sind eine von der Reichsregierung anerkannte Ehrenpflicht des Deutschen Reiches, zu deren Uebernahme das Reich hinsichtlich der feindlichen Gräber auch durch den Friedensvertrag verpflichtet ist. Mit der Durchführung der großen Aufgabe im In- und Auslande ist das Zentral-Nachweisamt für Kriegerverluste und Kriegergräber, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 48, beauftragt.

Gestützt auf die während des Krieges an der Front und in der Heimat entstandenen und ständig weiter bearbeiteten Gräberlisten und -pläne sowie auf die laut Friedensvertrag von den ehemaligen Feinden fortlaufend weitergelieferten Unterlagen und auf Grund sonstiger Nachforschungen weist das Zentral-Nachweisamt die genaue Lage jedes deutschen Kriegergrabes nach. Es reagiert die erforderlichen oder gewünschten Umgebungen und den Grabbesuch im In- und Auslande und erteilt allgemein kostenlos jede gewünschte Auskunft über alle Kriegergräber betreffende Fragen. Grabnachforschungen unmittelbar im Zustande der Privats und Vereine ohne Vermittlung des Zentral-Nachweisamtes verursachen den Angehörigen unnötige Kosten und bewirken überdies eine unerwünschte Zersplitterung und Verzögerung der amtlichen Gesamtnachforschungstätigkeit. Soweit nach dem Friedensvertrage die fremden Regierungen dazu verpflichtet sind, nimmt das Zentral-Nachweisamt die Interessen der Angehörigen an einer geordneten Gräberpflege wahr. Dabei ist zu bedenken, daß bei dem ungeheuren Umfang der Gräberarbeiten im früher feindlichen Auslande nicht alle Gräber zugleich herangerichtet werden können. Alle Anfragen wolle man an das Zentral-Nachweisamt, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 48, richten.

Dem Brandenburgischen Giroverbande sind im letzten halben Jahre die Landkreise Niederbarnim, Teltow, Oberbarnim, Westpreignitz und Königsberg beigetreten. Von den Landkreisen der Provinz Brandenburg stehen nur noch zwei dem Giroverbande fern, jedoch ist der Beitritt derselben bald zu erwarten. Die größeren und mittleren Städte der Provinz sind bis auf eine dem Verbande angeschlossen.

Zu viel polizeiliche Nachsicht im Autoverkehr. Das Ministerium des Innern wirkt jetzt den Kraftfahrabteilungen der Polizei vor, daß sie es in zahlreichen Fällen an der nötigen Vorsicht und Aufmerksamkeit fehlen lassen. Die Wagen werden nicht richtig geführt, die Fahrer nicht richtig ausgewählt, das Material nicht genügend nachgeprüft und sogar auch die gesetzlichen Bestimmungen nicht beachtet. Es wird, so heißt es weiter, z. B. von den Wagenführern zu schnell gefahren, bei den Ueberqueren der Straßen, dem Umliegen an den Straßenecken und dem Durchfahren der Straßenkreuzungen nicht genügend auf Fußgänger, laufende Pferde und andere Fuhrwerke geachtet. Die Führung wird nicht genügend erschweren und zu jungen Leuten anvertraut; die Unterführung der Wagen, insbesondere der Bremsen vor der Fahrt wird unterlassen; die Anhänger sind nicht mit Summireifen versehen, nicht mit einem Bremser besetzt usw. Die Abteilungen sollen deshalb eingehend und wiederholt über ihre Pflichten und die fehlenden Bestimmungen belehrt werden, da der Staat für alle Schäden aufkommen und deshalb gegen die Verantwortlichen Rückgriff nehmen muß. Die Schuldigen würden unter Umständen nicht nur nach dem Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, sondern auch wegen Sachbeschädigung, Körperverletzung, Tötung, Gefährdung der Eisenbahn usw. bestraft.



# Gewerkschaftsbewegung

## Kommunistische Sozialpolitik.

In Moskau erscheint eine neue Tageszeitung des Russischen Zentral-Gewerkschaftsrates "Trud" („Die Arbeit“), die als ihre vornehmste Aufgabe eine gesunde Kritik der Zustände in der Sowjetrepublik bezeichnet. Die erste Nummer bringt u. a. eine Aufschrift eines Segers der Drucker der 3. Internationale, der die Arbeit in der Druckerei folgendermaßen schildert: „Eine Ventilation gibt es so gut wie gar nicht. Die Maschinen, die zusammengepackten Arbeiter und das aufgedünnte Getreide verpesten die Luft derart, daß man kaum atmen kann. Eine Mittagspause gibt es nicht. Gegen Abend gleichen die Arbeiter Schatten, sind abgemattet usw. Manchmal gibt es eine oder zwei Ueberstunden, also zehn Stunden Arbeit ohne Pause. Eine wahre Hölle.“

## Die Lohnbewegung im Lebensmittelgewerbe.

Wie bereits gemeldet, befinden sich die Transportarbeiter des Groß-Berliner Lebensmittelgewerbes in einer Lohnbewegung. Nachdem ihre Forderungen durch den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin abgewiesen worden waren, stellten sie den Arbeitgebern ein Ultimatum, das am gestrigen Dienstagabend abgelaufen ist. Da die Arbeitgeber jedoch erst im Laufe des heutigen Mittwochs zu den neu geschaffenen Lage Stellen nehmen werden, haben die Transportarbeiter in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung den Beschluß gefaßt, das ihrerseits gestellte Ultimatum zu verschieben und eine endgültige Entscheidung, ob man in den Streik treten soll oder nicht, bis zum Donnerstagabend zu verschieben.

## Zum Streik bei der Mitropa.

Der Streik der Angestellten bei der Mitropa hat gestern eine wesentliche Verschärfung erfahren. Die Direktion der Mitropa hatte am Sonntag eine Anzahl Transportarbeiter, die sich gewweigert hatten, mit arbeitswilligen Angestellten zusammenzuarbeiten, kurzerhand entlassen. Eine Versammlung der bei der Mitropa tätigen Transportarbeiter erklärte sich mit den gemäßregelten Kollegen solidarisch, da es einem anständigen organisierten Arbeiter nicht zugemutet werden könne, mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Arbeit sofort niederzulegen. Durch dieses Verhalten der Transportarbeiter dürfte der Streik eine neue Wendung nehmen. Bisher konnten die Speisewagen noch mit den nötigen Speisen und Getränken versehen werden. Nachdem dies jetzt unmöglich sein wird, dürfte die Direktion bei den morgigen Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium einen anderen Standpunkt einnehmen, so daß die Beilegung des Streiks in einigen Tagen zu erwarten ist.

## Streikarbeit im Gefängnis.

Die Bürstenmacher befinden sich seit längerer Zeit im Streik. Sie kämpfen um Anerkennung des Reichstarifs der Bürstenindustrie, den die Berliner Unternehmer sich weigern anzuerkennen. Man sollte doch nun meinen, daß die behördlichen Instanzen eifrig bemüht sein müßten, genau so nach den Grundfäden der Demokratie des gegenwärtigen Regierungssystems zu verfahren, wie sie es seinerzeit nach den monarchistischen der früheren Regierungsform getan haben. Diese Sorge scheint aber der Gefängnisverwaltung in Tegel gar keine Kopfschmerzen zu verursachen. Denn gerade jetzt zu der Zeit, wo die Bürstenmacher Berlins in den Kampf zu gehen gezwungen sind, wird im Gefängnis zu Tegel eine Bürstenfabrikation eingerichtet! Und das geschieht trotz fehlenden Platzes! Um diese Bürstenfabrikation einzurichten zu können, mußte eine Rehflechterei, eine Station, und eine dort ebenfalls eingerichtete Federfertigerie, eine halbe Station abgegeben! Der sinnige Bürstenfabrikant hatte nämlich den dreifachen Preis für die bei einem Streik besonders wertvolle Arbeitskraft der Gefangenen geboten, so mußten die beiden anderen einen Teil räumen.

Wir müssen ganz energig dagegen protestieren, daß staatliche Einrichtungen in dieser Weise eingreifen in den Wirtschaftskampf zwischen Arbeitern und Unternehmern.

Zentralverband der Angestellten. Die für den Bezirk Groß-Berlin gewählten Delegierten des Zentralverbandes der Angestellten tagten am Dienstag in den Sophienkassen, um die weiteren Verhandlungen für die Verbandsleitung zu erledigen und Stellung zum Verbandstag zu nehmen. Die Wahlen wurden mittels Stimmzettel vorgenommen, konnten aber noch nicht vollständig erledigt werden, weil eine Reihe von Stichwahlen erfolgen muß, die der vorgeordneten Zeit wegen nicht mehr ausgeführt werden konnten. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zum Verbandstag (der zum 29. Mai nach Weimar einberufen worden ist), hielt Puhlich das einleitende Referat. Nach einer sehr langen und heftigen Diskussion wurde die Vertagung der Versammlung beschlossen.

Die Lehrlingswirtschaft im Friseur- und Haargewerbe hat einen derartigen Umfang angenommen, daß Eltern und Vormünder es sich sehr reichlich überlegen müssen, unter den obwaltenden Verhältnissen ihre Kinder und Lehrlinge in die Hände der Friseurlehre zu geben. Die Wochenlöhne in Berlin betragen seit Juli 1920 135 M. für Herrenfriseure und 145 M. für Damenfriseure und Friseurinnen. An Lehrlingen und „jungem“ Gehilfen, welche letztere zur weiteren „Ausbildung“ als Volontäre — nach freier Uebereinkunft — bezahlet werden, haben die Arbeitgeber reich Bedarf. Sind die Gehilfen

aber erst älter und anspruchsvoller geworden, dann sind sie „zu alt“, zu teuer, und werden durch neue Lehrlinge und Ausgeleierte ersetzt.

Der Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes hat auf Grund eingehender Erhebungen die Zustände auf dem Gebiete der Lehrlingswirtschaft einer Betrachtung unterzogen, die eine Warnung vor der Ergeißung dieses Berufes zur Pflicht macht, wenigstens so lange, bis eine gewisse Besserung eingetreten ist. Etwas günstiger sind die Verhältnisse im Damenfach für Lehrlinginnen, wo jedoch infolge großer Vorsicht geboten ist, um nicht Beherrinnen oder ihren Ehefrauen in die Hände zu fallen, die in diesem Fach nur elende Stimmer sind und so die jungen Mädchen ausbeuten aber nicht ausbilden können. In jedem Falle empfiehlt es sich, beim Zweiverein Berlin des Arbeitnehmerverbandes im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Zimmer 58, Erkundigungen einzuziehen.

Zentralverband der Angestellten. Chemische Industrie: Morgen abend 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung, Müllerstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße 11. — Verforgungsbehörden und Verforgungsstellen: Morgen nachm. 4 Uhr. Mitgliederversammlung, Rosenthaler Straße, Belle-Alliance-Straße 21.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Südwest. Morgen abend 7 1/2 Uhr in der „Bierhalle“, Belle-Alliance-Straße 107. Versammlung. Gewerkschaftsrat Kommerz. Morgen abend 7 Uhr bei Platz außerordentliche Versammlung mit den Gewerkschaftsverbänden.

# Wirtschaft

## Umstellung auf der Wilhelmshavener Werft.

Aus Wilhelmshaven wird uns geschrieben: Die Umstellung der größten deutschen Reichswerft, der ehemaligen „Kaiserlichen“ Kriegsschiffswerft Wilhelmshaven, auf Friedensarbeit macht rasche Fortschritte. Zunächst wurde die Werft in vier Teile zerlegt. Während der eine Teil als Marinewerft weitergeführt wird, kam der andere zum Konzern der Reichswerke U.S., einem Wirtschaftsgebilde, das von dem Privatkapital aus Konkurrenzgründen org. befehlet wird. Der dritte Teil wurde zu einer Abwrackwerft eingerichtet und der vierte und letzte ist durch die neuangebaute Hochseefischerei der beiden Städte Wilhelmshaven und Rastbergen für zwei Zwecke übernommen worden. Durch diese rasche Umstellung auf Friedensarbeit ist es gelungen, die Zahl der vor dem Kriege hier beschäftigten Arbeiter vorläufig weiter zu halten. Ob das auch für die fernere Zukunft möglich sein wird, hängt davon ab, inwieweit es gelingen wird, auswärtige Aufträge aus Reichs- und Privat Händen nach den Jadedichten zu dirigieren.

Im einzelnen ergibt sich aus der letzten Tätigkeit der genannten Betriebe folgendes Bild: die Marinewerft dient in erster Linie der Reparatur von Kriegsfahrzeugen, die teils für Zwecke der Entente, teils für die eigene Marine ausgeführt werden. Daneben werden auch Privataufträge in großem Umfange erledigt. Das Reichswerk ist ganz auf die Friedensarbeit eingestellt. Auf diesem sind zurzeit 18 große Fischdampfer, für Islandfahrt bestimmt, in Arbeit. 12 davon werden im Auftrage des Reichsschiffministeriums gebaut, sechs gehen auf Rechnung der deutschen Seefischerei U.S. Cuxhaven. Neben den Fischdampfern befinden sich drei Uebersee-Frachtdampfer in Reparatur. Sie gehören der Rolandlinie in Bremen und bedürfen neuer Maschinen, da die alten während des Krieges, als sich die Schiffe in Südamerika befanden, von den eigenen Leuten zerstört worden sind. Damals befürchtete man, daß die Schiffe in Feindeshand fallen könnten und machte sie deshalb vorsichtshalber unbrauchbar. Der Zeitraum für die Ausbesserung ist auf ein halbes Jahr veranschlagt. Zu erwähnen wäre auch der Umbau des früheren Panzerschiffes „Obin“ zu einem Motor-Frachtschiff, der auf Rechnung einer Hamburger Reederei ausgeführt wird. Weiter befinden sich zehn durch eine Oldenburgische Firma bestellte Torfbagger im Bau, und neben einer großen Reihe kleinerer Aufträge der verschiedensten Art wird die Reparatur von 30 Eisenbahnlokomotiven und 50 Lokomotiven erledigt. Die Direktion des Werkes ist energisch bemüht, neue Aufträge heranzuziehen. Beide Werften beschäftigen gegenwärtig rund 10.000 Arbeiter und Angestellte.

Die noch junge Seefischerei U.S. hat bereits 22 Dampfer laufen, weitere befinden sich im Bau. Wilhelmshaven und Rastbergen gehören zu jenen Städten, die durch den Kriegsausgang am schwersten betroffen sind. Nur durch geschickte Umstellung auf Friedensbedürfnisse und rastlose Tätigkeit der leitenden Stellen wird es möglich sein, die beiden Nordseestädte einer neuen Blüteperiode zuzuführen.

## Die Konsumgenossenschaften in England und in Deutschland.

Es ist für die Beurteilung der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung wertvoll, die englischen Konsumgenossenschaften, ihre Mitgliederzahl, ihren Umsatz und ihr Betriebskapital mit unseren deutschen in Vergleich zu bringen. Allerdings bezieht sich die vorliegende Statistik auf das Jahr 1916, gibt aber doch einen geeigneten Maßstab. Was zunächst die Mitgliederzahl anbelangt, so standen die deutschen Genossenschaften verhältnismäßig nicht weit hinter den englischen: 3 1/2 Millionen in England gegen 2 1/2 Millionen in Deutschland, also in England rund ein Drittel mehr Mitglieder als bei uns. Betrachtet man aber den Umsatz, so ändert sich das Verhältnis sofort zu unsern Ungunsten. Für England ergibt sich ein Umsatz von 2,4 Milliarden Schilling im Jahre 1916 gegen 680 Millionen Mark in Deutschland, mithin ist der Umsatz der englischen Konsumgenossenschaft rund viermal größer als der der deutschen. Noch frappanter ist das Verhältnis bei den Beschäftigten: in England 843 Millionen Schilling, in Deutschland nur 49 Millionen Mark. Oder: in England hat jedes Mitglied ein Guthaben von

durchschnittlich 268 Schilling, in Deutschland aber nur von 19 Mark. Was dagegen die Rezereven anbelangt, so sind die deutschen Konsumgenossenschaften verhältnismäßig wieder besser fundiert als die englischen: hier werden 40 Millionen Mark ausbezahlt gegenüber 68 Millionen in England, ferner an Beihkapital 109 Millionen Mark gegen 123 Millionen in England. In Berücksichtigung muß man ziehen, daß der Durchschnittslohn des englischen Arbeiters damals wesentlich höher war als der des deutschen Arbeiters, wobei die Entwertung der Mark nicht in Rechnung gezogen, sondern ein Schilling ungefähr einer Goldmark gleichgestellt werden kann. Über es ist bemerkenswert, daß der englische Genossenschaftler um das Zweifache mehr in seiner Genossenschaft kauft, als der deutsche. Der Grund hierfür liegt nicht bloß in den höheren englischen Löhnen, sondern mehr noch darin, daß die englischen Genossenschaften hinsichtlich der Eigenproduktion und der Warenverteilung vielfältiger entwickelt sind als die deutschen. Es ist deshalb zu erstreben, daß die Entwicklung unserer deutschen Konsumgenossenschaften in ähnlicher Richtung geführt wird wie die englischen, wobei allerdings in erster Linie an eine wesentliche Vermehrung des Betriebskapitals herangegangen werden muß.

Kündigung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages. Der schweizerische Handels- und Zollvertrag vom 12. November 1904, der zum 16. März 1920 gekündigt wurde, dann provisorisch verlängert wurde, ist nunmehr von der deutschen Regierung zum 6. Juni 1921 endgültig gekündigt worden, jedoch mit der Auslegung, zu diesem Termin die Tarife außer Kraft treten zu lassen, während der Vertragszeit mit dreimonatlicher Kündigungsfrist weiterbestehen würde.

Tschscholowski Kohlen. Die Steinkohlenförderung der Tschscholowski hat im Jahre 1920 11,1 Mill. Tonnen erreicht gegen 10,1 Mill. Tonnen im Vorjahre. Die Braunkohlenförderung war mit 19,1 Mill. Tonnen um 2,1 Mill. Tonnen höher als im Jahre 1919. Die Holzzerzeugung stellte sich auf 1,1 Mill. Tonnen gegen 1,2 Mill. Tonnen im Vorjahre, die Zerzeugung von Zement betrug 234 245 Tonnen gegen 225 677 Tonnen. Die gesamte Kohlenausfuhr stellte sich im Jahre 1920 auf 4,1 Mill. Tonnen gegen rund 4 Millionen im Vorjahre. Einer Produktionssteigerung von rund 8,1 Mill. Tonnen steht also eine Zunahme im Kohlenexport von nur rund 900 000 Tonnen gegenüber. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß sich die Brennstoffversorgung der Tschscholowski schon im Jahre 1920 wesentlich gebessert hat, zumal ja auch die Kohleneinfuhr beträchtlich zugenommen hat. Was die Bezugsländer anbelangt, so hat Deutschland bezogen: 28 500 Tonnen Steinkohle (gegen 510 Tonnen im Jahre 1919), 2 890 102 Tonnen (1 988 874 Tonnen) Braunkohle, ferner 40 294 Tonnen Zement.

# Soziales.

## Die produktive Erwerbslosenfürsorge.

Der gemeinsame Wirtschafts- und sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates (Wissell) beschäftigte sich, wie den V. V. R. mitgeteilt wird, in seiner Sitzung am 2. März mit den Forderungen der Gewerkschaften, Betriebsräte- und Erwerbslosen im Industriebezug Chemnitz und Greiz für eine produktive Erwerbslosenfürsorge. Sie erstreben sich im wesentlichen auf eine Förderung jeder Art von Arbeitstätigkeit durch eine planvolle Gestaltung der Wirtschaft, u. a. auch der Rohstoffverteilung und der Auftragsvermittlung. Besonders Interesse erweckte der Vorschlag einer Einstellung aller erwerbslosen Arbeitskräfte in alle Betriebe des Handels, Gewerbes und der Industrie durch zweckmäßige Einteilung der Wochenarbeitszeit unter Berücksichtigung der jeweiligen Tariflöhne aus Hilfsmitteln, wobei der Austausch mit besonderer Bezugnahme auf Reichsaufträge schon am 17. Februar Stellung genommen hat. Arbeitgeber und -nehmer waren sich darin einig, daß zur Unterbringung der Erwerbslosen vor allem eine Produktionssteigerung notwendig ist. Vertreter der Industrie waren der Ansicht, daß dazu neben der technischen Verbesserung der Betriebe vor allem eine persönliche Leistungssteigerung der zurzeit beschäftigten Arbeiter notwendig sei, die eine verbesserte Produktion, den Ausbau der Werke und damit die Einstellung weiterer Arbeiter erst ermöglichen. Die Arbeitnehmer vertreten die Auffassung, daß die Erwerbslosen nicht warten könnten und es daher möglich gemacht werden müsse, auch bei Kurzarbeit mit häufigem Schwankwechsel die Produktion zu steigern. Besonders betont wurde von dieser Seite, daß die Erwerbslosen keine Almosen wollen, sondern gerechten Lohn für geleistete Arbeit.

Man einigte sich schließlich dahin, die im Sommer 1920 gefaßten Beschlüsse einer Ueberprüfung zu unterziehen und neue Richtlinien aufzustellen, die der steigenden veränderten Weltlage, dem starken Sinken der Weltmarktpreise und der damit zusammenhängenden Abflachung Rechnung tragen. Zu den weiteren Beratungen soll die Regierung Vertreter entsenden.

# Aus aller Welt.

## 800 Chinesen ertrunken.

Hongkong, 9. März. (Reuter.) Ein Dampfer mit mehr als 800 Chinesen an Bord ist untergegangen.

Verantw. für den Inhalt: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Wied. Berlin. Verlag: Friedrich-Berling & Co. Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Sinauer u. Co. Berlin, Unter den Linden 12.

# Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin X, 54, Linienstr. 83-85  
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
Telefon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.

Donnerstag, 10. März, nachm. 4 Uhr, im großen Saale des „Pavender“, Fiedrichstr. 2/3, C. Belle-Alliancestr.

# Versammlung

aller freigewerksch. organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firmen Amdt I, III und X, Johannisthal.

Als Ausnahme zum Eintritt gilt für Amdt I und III die Eintrittsgebühr zum Wert.  
Für die Entlassenen von Amdt X gilt nur der freigewerkschaftliche Mitgliedsbeitrag und das Entlassungszeugnis.  
Wir erwarten alle Kollegen und Kolleginnen, pünktlich zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

# Hämorrhoiden - Stuhlträgheit

Verlangen Sie kostenfrei ausführliche ärztliche Druckschrift Dr. Geobhard & Cie., Berlin 214, Potsdamer Straße 104d.

# Der kleine Jan

Von Heinrich Schulz

Für Eltern und Kinderfreunde ist dieses neue entzückende Buch mit künstlerischem Einband und Textzeichnung ein ausgezeichnetes GESCHENKWERK  
Preis gebunden M. 10,80



Buchhandlung Vorwärts, SW 68, Lindenstr. 2

## WER den Umsatz seines Geschäftes erheblich erweitern will, bedient sich als wirksamstes Insertionsorgan mit bestem Erfolge des VORWÄRTS

### Korbmöbel

Kaufen Sie um wackeren Preis direkt beim Hersteller

**A. Sedau**

Werkstätten für Korbmöbel  
Königsplatz, Berlin 109

Ausstellung und Verkauf nur  
Abends, Anhalterstr. 20.

### Zähne

4 M. 2.- Zah. ziehen im Einspr. höchst schmerzlos  
Ulrich Umarm. schiedsamt. Genisse, Rep. sol.  
Lahart W 11, Potsdamer Str. 35, Hochb. Sprecht. 9-7.

Teilzahlung, 5 J. Garanti. Kronen 18 M. Plomb.  
Dr. Echte für alle Geschlechts-, Haut-, Genuß-, Frauenleiden, bartmäßige Rasierer, Auschlat. Mannesgeschlechte, Schilfen - Auren, 100% in Salorjan. Diarraterien, Jungen. Duvon Invarit. Im Wittenen Ruz. Jahrest. höher gef. 9-1, 4-8, 9-1  
Nur Rosenthalerstr. 69-70  
Rosenthaler Platz.

### Trauringe

in großer Auswahl  
Uhren, Gold- u. Silberwaren  
Einsegnungs-Geschenke  
**Karl Wulke** Invalidenstr. 16  
Ecke Charlottenstr. 31, 31/32

### Gewaltiger Preisabbau!

Durch Neu- großer Vollen

## Möbel

aus erstklassigen Fabriken

Spezialzimmer 3175 an  
kompl. von 32

Schlafzimmer 3175 an  
mit 21 Matratze

Herrenzimmer 3175 an  
mit 21 Matratze

Räumen in allen  
Farben, von 32

4900 an  
Kompl. von 32

Neugebauer  
Charlottenburg  
Wilhelmsufer Str. 128, 1  
Ecke Schillerstr. kein Vahen

### Neue Haare

wachsen schon wieder

Ihr Haarwuchswasser wirkt Wunder nach 2 wöchigen Einreiben. Es überträgt Ihnen viele Annehmlichkeiten der Kaiserlichen Haarwuchswasser - 11 -  
Otto Reichel, Berlin 43, 50, Eichenbühlstraße 4

### Raucher dank!

Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilw. einzustellen. Wirksam verhilft. Auskunft ums. Vers. San. Art. Hg. Eng. Brecht, München R 6, Kaoszierstr. 9

### Kaufe

Inventar Leitungs - Dynamo und Motorhandwerkzeuge, sowie Inflationsschutz, Elektromechanik Zentrum  
Groner, Berlin, Kurfürst. 18, Wiegandstr. 43d.